



Neue Stele zum Gedenken an die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit in Mainz

(lvb) Der Mainzer Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2019 einstimmig beschlossen, Menschen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit in Mainz verfolgt wurden, einen Ort der Erinnerung zu geben. Auf Grund der durch die Justiz erfolgten Verurteilung der männlichen Opfer des § 175 StGB sowie der in einzelnen Fällen ebenfalls erfolgten Einweisung von lesbischen Frauen und transidenten Menschen in die Konzentrations- bzw. Vernichtungslager lädt nun eine neue Stele im Rahmen der Reihe „Historisches Mainz“ zum Gedenken an alle genannten Opfergruppen ein und stellt einen Bezug zu der Beibehaltung des § 175 StGB in der Nachkriegszeit her. Die Gedenkstele ist die erste Stele in Deutschland, mit der allen Opfern mit LSBTIQ-Hintergrund gleichzeitig gedacht wird. Sie hebt die Erinnerung an ihr Leiden und Sterben hervor und spricht dieses deutlich aus.

Oberbürgermeister Michael Ebling: „Die Inschrift der Stele macht mich einerseits traurig und nachdenklich. Andererseits ermutigt es mich zu sehen, dass wir heute gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz und den Mainzer Vereinen und Initiativen aus dem LSBTIQ-Bereich ein Zeichen für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz setzen. Dafür sage ich allen Beteiligten herzlichen Dank.“

Die Stele ermahnt uns zugleich, dass in vielen Ländern der Welt die Verfolgung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität, die von der Norm abweicht, fortexistiert – leider auch mitten in Europa. Dem werden wir uns weiterhin mit klaren Worten entschieden entgegensetzen. Mit Blick auf die Entwicklung in

Ungarn bleibt zu hoffen, dass der Europäische Gerichtshof ein deutliches Urteil fällen wird.“

Die Umsetzung des am 13. Februar 2019 einstimmig getroffenen Beschlusses der Mainzer Stadtrates setzte voraus, einen geeigneten Ort zur Errichtung der Stele im Stadtgebiet zu finden, der für eine entsprechende Erinnerungskultur geeignet ist und diese ermöglicht. Wegen der Einbindung der Justiz über die Strafgerichtsbarkeit und die hierbei erfolgten Verurteilungen nach § 175 StGB kam der jetzige Ort vor den Gebäuden des Land- und Amtsgerichtes am Ernst-Ludwig-Platz in Frage. Die Entscheidung für diesen Standort wurde von der Landesregierung mitgetragen.

Die Gedenkstele wird gemeinsam vom Land Rheinland-Pfalz und von der Landeshauptstadt Mainz gestiftet. Das Land Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren untersuchen lassen, wie das Weiterwirken des § 175 StGB in der Nachkriegszeit auch hierzulande zur Verfolgung und Diskriminierung von homosexuellen Menschen beigetragen hat. Aus der Untersuchung hervorgegangen ist die Ausstellung „Verschweigen, Verurteilen“, die 2018 auch im Mainzer Rathaus präsentiert wurde.

„Wir erinnern mit der Gedenkstele an Zeiten, in denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität den Staat als Gegner hatten“, sagte Familienministerin Katharina Binz: „Die Gedenkstele ist damit zugleich Erinnerung an die Opfer staatlichen Handelns aber auch Mahnung an den Staat. Die Universalität der Menschenrechte für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen darf in Deutschland nie wieder in Frage stehen. Wir haben auch den Auftrag, sie in unseren Regional- und Städtepartnerschaften anzumahnen. Das ist unsere Verantwortung für Menschenrechte, Demokratie, Respekt, Sichtbarkeit, Gleichwertigkeit und Vielfalt.“

Landtagspräsident Hendrik Hering: „Der Landtag hat 2012 einen Forschungsbericht zur Verfolgung Homosexueller angestoßen und das Thema in den Mittelpunkt seiner Plenarsitzung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2020 gestellt.“

Es war erschütternd zu erfahren, wie Menschen für nichts als ihre Liebe verfolgt und gequält wurden. Auch heute noch gibt es leider Vorurteile und Diskriminierungen. Dennoch zeigt sich ein erfreulicher gesellschaftlicher Wandel zu mehr Toleranz und Respekt. Der Kampf um Anerkennung für unterschiedliche Lebensformen und für eine vielfältige Gesellschaft ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen. Dies zeigen leider auch immer wieder unsägliche Äußerungen aus der populistischen Ecke. Deshalb darf die Erinnerung an das Leid nie verblassen.“

Gemeinsam mit Mainzer Vereinen und Initiativen aus dem LSBTIQ-Bereich wurde in Übereinstimmung mit dem Land Rheinland-Pfalz eine geeignete Inschrift für die Gedenkstele erarbeitet.

Joachim Schulte, Queernet: „Die Stele zeigt das Verbrechen der Verfolgung von Schwulen, Lesben und Trans*Personen als Ausdruck der menschenverachtenden Politik der NS-Diktatur, die sich nach kurzer Unterbrechung nahtlos in der Bundesrepublik fortsetzte. Es ist ein Erfolg der queeren Community in Mainz, dies endlich sichtbar zu machen und vor allem auch Täter zu nennen, wie Justiz und Polizeibehörden, die sich unzureichend von ihrer Funktion als ausführende Organe verbrecherischen Handelns distanzieren und teilweise in personeller Kontinuität, die Methoden der Kriminalisierung und Bestrafung fortsetzen. Unser Dank gilt den Forscher*innen Dr. Kirsten Plötz, Günter Grau und Dr. Christian Köhne. Wir stehen hier erst am Anfang und brauchen endlich die nötigen Ressourcen, die diese Arbeit dauerhaft fortführt und nicht zum größten Teil dem Ehrenamt überlässt.“

Die Landeshauptstadt Mainz beabsichtigt, zur Gedenkstele ein begleitendes Faltblatt mit wissenschaftlichem Hintergrund zu erstellen, in Kooperation mit der Stiftung „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“ in Mainz. In die Gestaltung werden auch das Land Rheinland-Pfalz und Mainzer Vereine und Initiativen aus dem LSBTIQ-Bereich mit einbezogen werden.

Darüber hinaus soll auch die vom Haus des Erinnerns im Auftrag der Landeshauptstadt Mainz herausgegebene Broschüre „Pfad der Erinnerung“ um die neu hinzugekommene Gedenkstele erweitert und neu aufgelegt werden. Diese Broschüre enthält die Orte der NS-Diktatur in Mainz in den Jahren zwischen 1933 und 1945.